Hast du schon rote Wahlhelfer gewonnen?

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (anschl. an den dreispaltigen Teil einer Zeile) 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Sitz Dresden, Stiftstr. 7, Hp., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 265 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klecksch, Dresden-A., Ammendstraße 60. Tel. 28 321, Postscheckkonto Dresden 504 04. Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; Ausland: Karl Preihner, Berlin; Feuilleton u. Reportage: Otto Wilke, Berlin; übriger Teil: Oswald Hanisch, Dresden; Inserate: Fritz Richter, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Volksanzeiger G.m.b.H., Güterbahnhofstraße 2, Telephon 17 250, Postscheckkonto Dresden Nr. 186 90.

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 18. Februar 1932 — Nummer 41

Neue Lohnraubpläne gegen die Arbeiter!

Preiskommissar Dr. Goerdeler für Zehn-Stunden-Tag unter Beibehaltung der Notverordnungslöhne . Der ADGB für Vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und für Inflation . Neuer allgemeiner Abbau der Erwerbslosenfürsorge!

Macht mobil zur Verteidigung eurer Existenz!

Dresden, 18. Februar.

In derselben Zeit in der der Bundesausschuß des ADGB, um den Unternehmern einen neuen Lohnraub zu ermöglichen, die generelle Einführung der Vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich fordert, tucht ein neuer großzügiger Raubplan auf. Das Berliner 12-Uhr-Blatt von gestern meldet:

„In politischen Kreisen kursieren seit einiger Zeit aufsehenerregende Nachrichten über ein neues Projekt zur Ankurbelung der Wirtschaft, das diesmal offenbar aus den Kreisen des Reichskommissars für Preisüberwachung, des Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler, stammt.

Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um eine Verlängerung der Arbeitszeit. Statt des Achtstundentages soll man zum Zehnstundentag zurückkehren. Die Löhne sollen unverändert bleiben."

Herr Dr. Goerdeler, von dem dieser neue Raubplan ausgehen soll, ist kein Unbekannter. Er ist der Mann, der als „Stabilisierungs"kommissar den angeblichen Ausgleich für den durch die Notverordnung diktierten Lohnabbau durch eine Senkung der Preise herbeiführen sollte. An Stelle der Preissenkung haben wir heute für die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel des proletarischen Haushalts eine Preisverteuerung. Wir erinnern hier nur an die Preissteigerung für Butter, Margarine, Brotgetreide usw. Jetzt wird von dem Fleischerhandel für die nächste Zeit die Erhöhung der Fleischpreise gemeldet. Dieses Ergebnis der „Preissenkungs-Aktion" führt bereits zu einer Erklärung der Reichsregierung geführt, daß in der nächsten Zeit die Arbeit des „Preissenkungs"kommissars beendet sein wird.

Kurz zuvor tritt Herr Goerdeler mit dem Projekt der Einführung des **Zehnstundentages unter Beibehaltung der gegenwärtigen Notverordnungslöhne auf.** Dieses Projekt, genau so wie die Forderung des ADGB auf Einführung der Vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, und die Einführung von Maßnahmen die eine neue Inflation bedeuten, zeigt, daß ein **neuer großer Raubzug auf die Arbeiterschaft geplant ist.** Beide Pläne sind das Ergebnis des weiteren katastrophalen Niederganges der kapitalistischen Wirtschaft und der Finanzlage des Reichs. Beide Pläne verfolgen trotz ihrer verschiedenen Form eine ungeheure **Verschärfung der Ausbeutung** und damit der Verelendung des Proletariats. Dazu kommt noch der geplante umfassende Abbau auf dem Gebiet der **Erwerbslosenfürsorge.** Das ist der „Ausweg" den der Kapitalismus, gesichert durch verschärfte faschistische Unterdrückungsmethoden und unterstützt von der SPD und dem ADGB auf Kosten der Arbeiterschaft bereitet.

Hier kann es nur eins geben. Trotzdem Herr Goerdeler schnell die Urheberschaft an dem neuen Raubplan abstreitet und die ADGB-Bürokratie vorgibt, daß ihre Pläne nur der Arbeitsbeschaffung und der Verminderung der Erwerbslosigkeit dienen sollen, **muß die Arbeiterschaft sofort mit der Vorbereitung und Organisierung der Abwehr des neuen umfassenden Unternehmerangriffes antworten.** In jedem Betrieb muß in Belegschaftsversammlungen sofort zu diesem neuen Raubzug und den in jedem Betrieb konkret stehenden Fragen Stellung genommen werden.

Von jeder Belegschaft sind sofort Maßnahmen zur **Verteidigung ihrer Existenz festzulegen.** Die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Abwehr, das ist die **Schaffung der roten Einheitsfront** gegenüber der gemeinsamen Front der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie. Der Kampf der Arbeiter gegen den von den Unternehmern geplanten neuen Lohnraub und die verschärfte Ausbeutung wird nur dann erfolgreich sein, wenn sich alle Arbeiter **unter Führung der KPD und RGO sammeln.**

Die klaren Klassenfronten, die von der Kommunistischen Partei für den Reichspräsidentenwahlkampf durch die Aufstellung des Genossen Ernst Thälmann als roter Arbeiterkandidat gegenüber Hindenburg, dem faschistischen Kandidaten der Bourgeoisie, einschließlich der SPD, aufgerissen wurden, müssen ihren stärksten Ausdruck finden in den Betrieben: In der Schaffung der roten Klassenfront gegen alle Raubpläne der Unternehmer und des ADGB, im Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit.

Dieser Kampf, der gemeinsam von den Betriebsarbeitern mit den Erwerbslosen durchgeführt werden muß, ist der Kampf für den proletarischen Ausweg aus kapitalistischer Verelendung und Versklavung. Das ist der Kampf gegen Hunger, Not und Elend, für ein freies sozialistisches Deutschland.

(Weitere Meldungen auf der zweiten Seite)

Achtung! Fälscher am Werk!

Von Fritz Selbmann

Der nachstehende Artikel enthüllt die von dem SPD-Reichstagsabgeordneten Kräzig in der Volkszeitung für die Oberlausitz vom Dienstag veröffentlichten Lügen und Verleumdungen über Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der KPD. Kräzig wird in diesem Artikel als politischer Fälscher und Brunnenvergifter entlarvt. Wir fordern die SPD-Arbeiter auf in allen Versammlungen, wo Kräzig auftritt, und besonders in der am Sonntag stattfindenden Generalversammlung der SPD in Löbau, diesen politischen Lügner und Fälscher zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Sozialdemokratische Partei vollführt in ihrer Presse und in ihrer öffentlichen Agitation, ebenso sehr aber auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedern, einen wahren Eiertanz um die Präsidentenwahl. Jedermann weiß in Deutschland, daß die Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl einen eigenen Kandidaten nicht aufstellen, sondern ihren Anhängern zumuten wird, den alten kaiserlichen Generalfeldmarschall, Paul von Beneckendorf und Hindenburg, den alten Monarchisten und Hugenbergianer, wie ihn vor zwei Tagen noch die Leipziger Volkszeitung bezeichnete, zu wählen. Jedermann weiß, daß die Sozialdemokratie ihre Stimme dem „Retter" von 1925, dem Vertrauensmann des Holzhackers von Doorn, geben wird. Dem „Retter", gegen den sie noch vor sieben Jahren eine Wahlpropaganda in einer Form führte, daß heute jede kommunistische Zeitung von jedem, besonders auch jedem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sofort verboten würde, wenn sie es wagte, auch nur ein Zehntel von dem gegen Hindenburg zu schreiben, was sich damals die sozialdemokratische Presse an demagogischer Wahlpropaganda geleistet hat. Jedermann weiß also, daß die SPD Hindenburg wählt, nur die sozialdemokratischen Zeitungen und die sozialdemokratischen Führer tun vor ihren eigenen Mitgliedern und Anhängern so, als ob sie es nicht wüßten. Mit demagogischen Manövern versuchen sie sich um die Tatsache herumzureden, daß sie bereits entschlossen sind, ihre Anhänger dem Kandidaten der offenen Reaktion dem Ehrenpräsidenten des Stahlhelms und des Kyffhäuserbundes, zuzuführen.

Diese Versuche der sozialdemokratischen Führer, ihre offene Stellungnahme für den Kandidaten der Reaktion, den Kriegervereinsehrenkameraden Hindenburg, zu verschleiern und mit demagogischen Redensarten zu vernebeln, hat ihre berechtigte Begründung in der ungeheuren Empörung, die in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter über diesen neuen Schandstreich der sozialfaschistischen Bonzen herrscht. Ueberall erklären sich die sozialdemokratischen Arbeiter für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Ganze Ortsgruppen der SPD beschließen, der Hindenburgparole ihrer Führer nicht Folge zu leisten und die sozialdemokratische Bonzokratie stellt mit Schrecken fest, daß alle ihre Versuche zur Verwirrung der Arbeiterfront und zur Zerschlagung der sich bildenden proletarischen Einheitsfront, fehlschlagen und zum Fiasko verurteilt sind. Der Leipziger „Linke", Fritz Bieligk, ein Muster an Prinzipien- und Rückgratlosigkeit, schreibt in der Marxistischen Tribüne, dem Organ der „offiziellen Opposition" des Parteivorstandes der SPD:

„Die Erscheinung des dauernden Anwachsens der KPD gibt unserer Partei besondere Lehren auf. Gibt es schon im ersten Wahlgang keinen sozialdemokratischen Kandidaten, so ist die Gefahr groß, daß Teile aus der sozialdemokratischen Gefolgschaft ausbrechen und sozusagen die Taktik des „kleineren Uebels" nach links hin anwenden".

Wenn der „linke Agent" der Bourgeoisie, Bieligk, hier die Gefahr an die Wand malt, daß große Teile sozialdemokratischer Arbeiter gerade in diesem Wahlkampf sich zur roten Arbeiterfront bekennen werden, denn tut er es, wie er auch selbst zugibt, lediglich deshalb, weil er darin eine Schwächung der Stimmenzahl für Hindenburg befürchtet und weil er von der Angst geplagt ist, daß Hindenburg nicht gewählt werden könnte.

Daß die sozialdemokratischen Führer sich in ihrem Kampf gegen die rote Arbeiterfront ohne jegliche Skrupel und Bedenken eines jeden Mittels bedienen, ist hinreichend bekannt und überrascht niemanden. Neben dem Mittel des demagogischen Verwirrungs- und Täuschungsmanövers wird sich die sozialdemokratische Führerschaft besonders in den nächsten Wochen des Mittels der unverhüllten Lüge und der skru-

KPD-Mißtrauensantrag gegen Brüning und Groener!

Der Reichstag muß Stellung nehmen zur faschistischen Regierungspolitik . SPD trotz radikaler Phrasen Breitscheids für Groener!

Berlin, 18. Februar.

Gestern hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning eingebracht. Gleichzeitig reichten die Kommunisten eine besonderen Mißtrauensantrag gegen den Innen- und Wehrminister Groener ein. Der Aeltestenrat, der am Montag zusammentritt, wird dadurch gezwungen, zur Tagesordnung der Plenarsitzung am Dienstag Stellung zu nehmen, die ursprünglich als einzigen Punkt die Festsetzung des Termins der Präsidentenwahl vorsah. Wahrscheinlich wird der kommunistische Mißtrauensantrag nunmehr ebenfalls beraten werden müssen.

Der Vorstoß der kommunistischen Reichstagsfraktion hat mehr als parlamentarische Bedeutung. Eine Stellungnahme der Parteien vor aller Oeffentlichkeit zu den Regierungsmaßnahmen der letzten Wochen soll erzwungen, die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber den faschistischen Maßnahmen angeprangert werden.

Eine besondere Rolle spielt dabei das Mißtrauensvotum gegen Groener, der mit seinem **Reichswehrerlaß** den Nationalsozialisten den Weg zur „legalen" Bewaffnung geöffnet und durch seinen Jugenderlaß die Unterdrückung der proletarischen Jugendbewegung eingeleitet hat. Die Empörung, die insbesondere der Reichswehrerlaß Groeners hervorgerufen hat, zwang sogar die SPD-Lakaien zu „scharfen" Scheinprotesten.

Herr Breitscheid hat am 16. Februar in einer **Rede in Nürnberg** ganz „radikal" Abrechnung mit Groener angekündigt — wenn der Faschismus am 13. März „geschlagen" worden sei durch die Wahl Hindenburgs. Jetzt werden die Wähler erleben, **wie Herr Breitscheid und seine Fraktion den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Groener ablehnen werden** — um so den Faschismus mit Groener zu „schlagen" . . .

Die Kommunisten werden die Stellungnahme zur Regierungspolitik zu einer Abrechnung mit den Lakaien der faschistischen Hindenburgfront und ihres Harzburger Anhängsels gestalten und die Lakaienrolle der SPD vor den Massen entlarven.